

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Barbara Becker

Abg. Claudia Köhler

Abg. Gerald Pittner

Abg. Gerd Mannes

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harald Güller

Abg. Raimund Swoboda

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

hier: Einführung eines transparenten Förderberichts und einer digitalen

Förderplattform (Drs. 18/26365)

- Erste Lesung -

Die Begründung und die Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich dem Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion das Wort. Herr Dr. Kaltenhauser, bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt also ein anderes Thema: Ich fange einmal damit an, dass Förderprogramme eine wichtige Einrichtung sind. Es sind wichtige Instrumente für die Durchsetzung politischer Beschlüsse, für die Verwirklichung von Zukunftsprojekten und für die Unterstützung kommunaler Investitionen. Deshalb ist es für den Staat besonders wichtig, die Gelder effizient, transparent und nachhaltig einzusetzen. Genau darum geht es in diesem Gesetzentwurf.

Ich gebe einen kleinen Rückblick. Ich habe schon einige Jahre Kommunalpolitik hinter mir. Natürlich hatte ich diverse Begegnungen mit Förderprogrammen. Zu Anfang meiner Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag habe ich gesagt: Ich würde gerne eine Übersicht sehen, welche Förderprogramme es gibt. Nachdem es eine solche Förderübersicht nicht gab, habe ich eine Anfrage gestellt und um einen solchen Bericht gebeten.

Meine erste Überraschung war, dass ich die Anfrage mit der Antwort, es gehe nicht, zurückbekommen habe, weil das in jedem Ministerium einzeln angefragt werden müsse, da es keine Gesamtübersicht gebe. Also habe ich in jedem Ministerium einzeln angefragt. Nach etwas Zuwarten habe ich Listen bekommen. Damals gab es die

bescheidene Anzahl von 269 Förderprogrammen. Ich vermute, dass es heute noch mehr sind.

Dann habe ich diese Listen genommen und die Fachkollegen gebeten, sich diese Förderprogramme einmal anzuschauen und zu kommentieren. Die Antworten fasse ich einmal so zusammen: Bei vielen Programmen wusste kaum einer, wofür die Mittel genau und ob sie sinnvoll ausgegeben werden. Bei den meisten Förderprogrammen waren überhaupt keine quantitativen und qualitativen Ziele und Ergebnisse hinterlegt. Messgrößen wie Effektivität und Effizienz haben überhaupt keine Rolle gespielt. So ging das quer durch alle Ministerien.

Bei der Antwort hat mich am meisten überrascht, dass es in Bayern zahlreiche Förderprogramme gibt, die teilweise über Jahre hinweg zu weit weniger als 20 % ausgeschöpft werden. Das sind keine Anlaufschwierigkeiten des Programms. Manche Förderprogramme sind völlig überdimensioniert oder gehen an den Bedürfnissen von Bürgern, Unternehmen und Kommunen vorbei. Warum macht man nichts gegen diese Quoten? – Das ist immer so; denn ein Förderprogramm einzuführen, ist immer einfacher, als eines wieder abzuschaffen, weil man damit immer irgendjemandem auf die Füße steigt.

Dass die Abrufquoten so niedrig sind, liegt möglicherweise daran, dass die Vorgaben so komplex sind und bürokratische Prozesse damit zusammenhängen, vielleicht auch an einer unübersichtlichen Förderlandschaft. All diese Punkte haben uns dazu bewogen, im Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf einzubringen, der im Wesentlichen zwei Teile enthält. Zum einen soll ein jährlicher Förderbericht gegeben werden, der einen vollständigen Überblick über die Förderprogramme gibt.

Lieber Kollege Pittner – ich weiß nicht, ob er jetzt noch hier ist; dort sitzt er –, es geht dabei nicht um eine Zusammenfassung, was alles an Förderprogrammen existiert, sondern darum, dass dort noch ein paar andere Informationen gegeben werden, nämlich, dass die Aufgabenbereiche und der Verwendungszweck definiert sind, wie viele

fremde Gelder vom Bund oder von europäischer Ebene hinzukommen sowie das Start- und das Enddatum. Dazu gehören auch die Höhe der Fördermittel, wie viele genehmigt und abgerufen wurden, wo das Förderziel definiert ist und ob das Förderziel erreicht wurde. All dies gibt es in einem Finanzhilfebericht, der ja auch existiert, nicht. Insofern ist das ein ganz wesentlicher Schritt; denn wir haben das in dieser Form noch nicht.

Der zweite Teil wäre gewesen, eine digitale Förderplattform einzuführen. Mit dieser Plattform sollen die interessierten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen einen vollständigen Überblick bekommen und sich das passende Programm herausuchen können. Das heißt, wir brauchen einen nutzerorientierten Aufbau und keinen förderprogrammorientierten Aufbau – genau so ist es aber im Augenblick. Wenn man jetzt auf die Seite guckt, dann sieht man da vielleicht die Förderprogramme. Dort kann man nachlesen und sich durchforsten. Nein, man muss aber eigentlich abfragen können, was sozusagen der Hintergrund der Anfrage zu einer Förderung ist. Das muss man in einem Frageverfahren durchgehen. Man könnte sich auch vorstellen, noch andere Unterstützungsmöglichkeiten wie vom LfA oder der KfW oder Labo dazuzupacken. Ganz schön wäre es, wenn man es auch schaffen würde, den aktuellen Stand der Ausschöpfung des Förderprogramms hineinzupacken. Darüber will ich jetzt aber nicht weiter nachdenken.

Wichtig ist also, eine Plattform hinzukriegen, die userorientiert ist. Ein schönes Beispiel, das ich jetzt schon ein paarmal gehört habe: Es ist ein richtig "schönes Spiel" zwischen Bürgermeistern, dass der eine sagt: "Ich habe hier ein Förderprogramm entdeckt", und dann ruft er in der Nachbargemeinde an und sagt: "Hier, das könnte auch etwas für dich sein und passen." Das allein zeigt, wie wenig Überblick in den Kommunen überhaupt existiert.

Mit diesen beiden Vorschlägen, einerseits eines Förderberichts und andererseits einer Förderplattform, würden wir es auch erreichen, dass wir die Mittel sehr viel zielgerichteter einführen und kontrollieren, ob wir effizient mit unseren Mitteln umgehen. Wir

würden dann auch sehen, ob wir das eine oder andere Programm sogar streichen könnten. Ich glaube, dies ist eine Diskussion über die Haushaltsordnung, die wir schon einmal geführt haben und noch führen müssen. Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, vielen Dank. – Damit eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Dabei entfallen auf die CSU 9 Minuten, auf die GRÜNEN 6 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 5 Minuten, auf die AfD, die SPD und die FDP je 4 Minuten sowie auf die Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können maximal 2 Minuten sprechen.

Ich erteile der Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion das Wort. Frau Kollegin Becker, bitte schön. Ihnen gehört für einige Minuten das Rednerpult.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Förderbericht, den die FDP vorschlägt, geht, glaube ich, ein bisschen am Ziel vorbei. Man könnte auch sagen: Der Utopist sieht das Paradies, der Realist sieht die Schlange. In der Idee der FDP sind eine ganze Menge Schlangen versteckt.

Ich gebe ein Beispiel: Die Fördernehmer und auch wir interessieren uns weniger für Haushaltstitel, den Grad der Beteiligung oder die Quote der abgerufenen Fördermittel zu einem Zeitpunkt X, sondern vielmehr dafür, dass unsere Fördermittel wirksam eingesetzt werden und es eine einfache Beantragung ohne großen Aufwand gibt – fränkisch gesagt –, dass die Brühe nicht teurer ist als der Fisch. Das leistet so ein Förderbericht, glaube ich, nicht.

Lieber Helmut Kaltenhauser, wenn wir ohnehin schon wissen, dass bei manchen Förderprogrammen nur 20 % abgerufen werden, dann können wir jetzt schon handeln.

Ich glaube, es wäre unsere Aufgabe, im Haushaltsausschuss oder in den jeweiligen Fachausschüssen darauf einzugehen. Ich bin ein Fan des Mottos – ich glaube, damit spreche ich auch für alle christsozialen Kollegen; entschuldigen Sie meine Wortwahl, ich komme vom Land –: Vom Wiegen wird die Sau nicht schwerer. Also, indem wir noch mehr messen und noch mehr berichten, haben wir keinen Erkenntnisgewinn.

(Alexander König (CSU): Nur mehr Bürokratie!)

Der Förderbericht in einer so komplexen Form wäre echt eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Ministerialen. Ich hätte für die sehr viel anderes zu tun.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich könnte mir vorstellen, dass wir unsere Aufgaben vielleicht mit in die Ausschüsse nehmen und uns von den Fachministerialen gelegentlich mal berichten lassen: Welche Förderprogramme laufen gut, wo habt ihr vielleicht auch manchmal Zweifel?

(Alexander König (CSU): Guter Vorschlag!)

Dann können wir handeln. Es sind wir Abgeordnete, die das in den Ausschüssen erledigen müssen. Wir sollten nicht einen pauschalen Förderbericht einholen, den wir dann wieder mühsam auseinanderklamüsern müssen!

Es gibt wunderbare Beispiele für tolle Förderprogramme. Jetzt ist die ganze Zeit über Judith Gerlach und Digitalisierung geredet worden. Zum Digitalbonus für Unternehmen habe ich die Rückmeldung gekriegt: Der hat uns in der Corona-Zeit gerettet. – Das sagen kleine Unternehmen. Er war digital beantragbar. Er war ganz einfach zu kriegen. Das Geld war schnell auf dem Konto und konnte eingesetzt werden. Auch der sogenannte Verwendungsnachweis war sehr einfach. Das war ein Musterbeispiel für unbürokratisches Handeln eines Ministeriums in Bayern. Respekt dafür!

Das heißt, wir könnten von solchen Best-Practise-Beispielen lernen und andere Förderprogramme, die wir im Laufe der Zeit vielleicht ein bisschen überzüchtet haben,

etwas einfacher machen. Also: klare und verständliche Voraussetzungen, Antragsprozess digital umsetzbar.

Ihr FDPler spricht in den Anmerkungen zu eurem Gesetzentwurf von einem "Förderdschungel". – Ich würde nicht "Dschungel" sagen. Wir haben über die Jahre hinweg vielleicht einen wunderschönen, vielfältigen Blumenstrauß an Förderprogrammen eingerichtet. Ich habe auch so manche Idee, was wir einfacher machen könnten, wenn es – beispielsweise im Sozialbereich – 17 verschiedene Förderprogramme für ein hilfsbedürftiges Kind oder einen Jugendlichen mit Hilfebedarf gibt. Wir müssen dann aber mit den Fachleuten reden und sollten nicht über einen komplizierten Förderbericht gehen.

Die Angabe, dass das jährliche Erstellen eines solchen Förderberichts nichts kosten würde, ist, glaube ich, ein bisschen naiv. Wir müssen da schon auch die Arbeitszeiten unserer Ministerialen miteinrechnen.

Zum Geld an sich: Ich gebe euch da recht, da sind wir beieinander. Wir als Haushälter und Haushälterinnen dürfen nicht so tun, als ob sich unser Füllhorn immer wieder einfach so füllen würde. Wir müssen mit dem Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gut umgehen.

(Beifall des Staatsministers Albert Füracker)

– Danke, lieber Albert Füracker. Wir wollen als der für dich zuständige Ausschuss auch gerne dafür sorgen. Das ist aber unser Job und nicht der Job eines Berichts.

Zum Thema Förderplattform digital: Ich würde den Erstellern dieses Gesetzentwurfs gerne mal ein bisschen helfen, die eigenen blinden Flecken blank zu polieren. Ich helfe Ihnen da jetzt gerne einmal auf die Sprünge.

Wir haben eine Förderdatenbank. Wir haben davon sogar drei. Ich arbeite sehr gerne mit diesen Förderdatenbanken. Das ist zum Beispiel www.freistaat.bayern und dann "Bürger"; das Gleiche gibt es für "Unternehmer/Unternehmerinnen", das Gleiche gibt es noch einmal für die Verwaltung. Das ist sehr praktikabel. Man kann den Link Bür-

germeisterinnen und Bürgermeistern, Unternehmerinnen und Unternehmern oder Privatpersonen geben, die sich damit super zurechtfinden. Das ist sehr pragmatisch, das ist digital, das ist hands-on. So stelle ich mir Förderpolitik vor. Wir sind da gemeinsam längst in ein sogenanntes digitales Neuland abgebogen. Wir brauchen diesen Gesetzesentwurf dafür nicht.

Wir können also gerne darüber nachdenken, was wir vereinfachen können. Das Bessere ist der Feind des Guten. Da sind wir beieinander. Wir lehnen aber eine zusätzliche Förderplattform, wie Sie sie vorschlagen, ab.

Der Bund macht sich ja jetzt auch auf den Weg, eine digitale Förderplattform anzubieten. Ich habe einmal nachgesehen: Beim Bundeswirtschaftsministerium sind inzwischen immerhin schon 21 Programme verzeichnet, 14 davon sind aus Bayern. Das ist ein schönes Lob für uns.

Also, gerne zusammenschaffen, gut mit dem Geld umgehen, gut fördern, pragmatisch sein, nach vorne gerichtet denken. Der Gesetzesentwurf tut das aber nicht. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Die nächste Wortmeldung geht an die Kollegin Claudia Köhler von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzesentwurf der FDP sieht vor, dass die Staatsregierung jedes Jahr zum 30. Juni einen Bericht vorlegt, welche Fördermittel aus den einzelnen Haushaltstiteln wohin geflossen sind. Ich finde es immer wieder spannend, wie sehr sich die Koalitionsfraktionen wehren, wenn sie einen Bericht über ihre Arbeit abgeben sollen.

Laut dem Entwurf soll außerdem ersichtlich sein, welche Förderprogramme gut laufen und welche nicht. Einige Förderprogramme haben offensichtlich sehr, sehr schlechte Abrufquoten. Entweder sind sie zu kompliziert, oder sie gehen schlicht am Bedarf vorbei. Das Ergebnis sind dann hohe Ausgabereste, ganz besonders bei der Wirtschaftsförderung. Der Oberste Rechnungshof moniert das ja auch jedes Jahr. Also, mehr Transparenz, wohin staatliche Mittel fließen, wäre auf jeden Fall zu begrüßen.

Nebenbei lassen sich so – und ich glaube, das ist das Problem der Regierungskoalition – dann auch Ankündigungen einer Regierung besser überprüfen; denn das Einstellen von Geld in den Haushalt ist ja an sich noch keine Leistung. Die Frage ist, was damit passiert, oder ob nach der schönen Überschrift eines neuen Förderprogramms überhaupt was passiert.

Der Gesetzentwurf würde nicht nur zu Transparenz führen, sondern auch Teil einer Erfolgskontrolle sein, wobei klar ist, dass zu einer echten Erfolgskontrolle nicht nur die Fördermittelnachfrage gehört, sondern auch die Erfolge der geförderten Maßnahmen gehören. Dass die Berichte in digitaler Form zur Verfügung stehen sollen – das sollte heute eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Wir haben vorhin gehört, dass wir aber auch hier verschiedene Auffassungen haben.

Eine PDF-Datei, die genauso ausschaut wie die gedruckten Exemplare früher, ist noch keine Digitalisierung. Digitalisierung bedeutet, dass diese Daten auch nutzbar sind und verarbeitet werden können.

Wir sagen deswegen: Der Gesetzentwurf der FDP geht in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit bereits der dritte Redner: Herr Abgeordneter Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN. Ich darf dich ans Rednerpult bitten.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange gleich mit dem letzten Satz an. Ich bin auch der Meinung, dass der Gesetzentwurf durchaus in die richtige Richtung geht. Ich stimme dem auch zu.

Es ist bloß die Frage, ob wir den Gesetzentwurf zum jetzigen Zeitpunkt brauchen. Es soll ja einen Förderbericht mit aus Ihrer Sicht digital verarbeitbaren Dateien geben; insgesamt alle Förderungen sollen aufgeführt werden.

Jetzt hat am 22. März letzten Jahres – ich habe das gerade noch einmal nachguckt – der Ministerrat dem Digitalministerium den Auftrag gegeben, das Förderwesen zu modernisieren, zu digitalisieren und eine entsprechende Förderplattform zu entwickeln. Damit läuft das Ganze bis dahin eigentlich schon.

Dann ist natürlich die Frage, ob wir dafür einen Gesetzentwurf brauchen. Vielleicht brauchen wir ihn aus datenschutzrechtlichen Gründen tatsächlich; das weiß ich nicht. Ich muss aber sagen: Ich würde da erst einmal abwarten wollen, was das Digitalministerium hier liefert. Wenn wir das Ganze zum jetzigen Zeitpunkt beschließen, dann bezieht sich das auf Bayern. Die ganze Digitalisierung soll sich insgesamt ja bundesweit fortsetzen. Ich glaube, Sachsen ist auch dran. Da besteht Zusammenarbeit. Da müssen die Schnittstellen passen.

Ich würde deshalb gerade den Bereich, der die Digitalisierung und digitale Plattformen betrifft, nach hinten schieben – und damit zum jetzigen Zeitpunkt letztendlich auch den Förderbericht. Den Förderbericht kann man ja auch so abfordern. Sie haben es selber dargestellt, dass man über die Ministerien abfragen kann. Das mag ein wenig mühsam sein. Ich würde das dann aber lieber aus einem Guss machen.

Man muss auch ganz klar sagen: Das führt sonst wieder nur zu unnötiger Bürokratisierung. Warten wir ab, was geliefert wird. Falls es nicht ausreichend sein sollte, kann man den entsprechenden Antrag noch stellen. Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich das aber für überflüssig und lehne das auch ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Pittner. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Dschungel der staatlichen Fördermaßnahmen soll mit einem Gesetzentwurf übersichtlich gestaltet werden. Erstens soll ein Rechenschaftsbericht erstellt werden, mit dem die Staatsregierung Auskunft über alle Fördermaßnahmen erteilt. Zweitens soll eine zentrale Onlineplattform geschaffen werden, um einen Überblick über die unzähligen Projekte zu erhalten.

Eines ist ganz klar: Förderung ist natürlich ein wichtiges Thema. Wir als AfD haben aber bezüglich dieser kopflosen Förderpolitik der Regierung auf EU-, Bundes- und Landesebene schon auch Bedenken. Tatsächlich – das stimmt schon – herrscht hier ein Förderdschungel mit enormer Intransparenz bezüglich der verschiedenen Zuschüsse, Darlehen und finanziellen Maßnahmen. Weil die Programme von der EU-, Bundes- und auch Kommunalebene bereitgestellt werden, ist die Sache schon kompliziert. Ein Beispiel: Laut dem Beratungsdienstleister "Förderdatenbank" gibt es allein in der Wohnungswirtschaft in Deutschland über 6.000 Fördermaßnahmen; hier kann natürlich niemand mehr einen Überblick behalten. Das Bayernportal listet übrigens über 100 Zuschüsse, Darlehen und Fördermaßnahmen der EU-, Bundes- und Landesebene auf. Damit verfügt der Freistaat eigentlich schon über eine solche Förderplattform. Sie wird aber bisher eigentlich kaum genutzt. Deswegen schlage ich heute einfach einmal vor, die Potenziale des Bayernportals auszuschöpfen. Damit wäre eine Kernforderung Ihres Gesetzentwurfs erledigt.

Das allein genügt aber natürlich nicht. Wir müssen in Bayern die verfügbaren Förderprogramme einfach auch praxistauglicher machen. Viele Antragsverfahren für Förder-

maßnahmen sind schon komplex; oft können sich auch nur Großkonzerne um Subventionen bewerben, weil sie über die speziellen Compliance-Abteilungen verfügen. Einzelunternehmen oder Mittelständler bleiben da auf der Strecke. Auch Städte und Gemeinden klagen darüber, dass sie kein Personal mehr haben, um die komplexen Ausschreibungen abzuwickeln. Jedenfalls – das stimmt schon – gibt es Programme, die niedrige Abrufquoten von unter 20 % aufweisen. Das ist natürlich nicht befriedigend.

Ein drängendes Problem neben dem undurchsichtigen Dschungel an Fördermaßnahmen ist die Höhe der Subventionen an sich; das möchte ich hier einfach einmal ansprechen. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung sieht Subventionen von sage und schreibe 240 Milliarden Euro pro Jahr vor; das entspricht knapp 7 % des Bruttoinlandsprodukts. Die deutsche Staatsquote beträgt knapp 50 % des BIP; das ist natürlich zu viel. – Herr Kaltenhauser, die FDP ist eben schon die Partei der rot-grünen Planwirtschaft geworden. Sie wollen gar keinen schlankeren Staat mehr; sonst hätten Sie das heute angesprochen. Wir brauchen also auch schon eine Neuordnung der Subventionswirtschaft. Wir müssen weg von planwirtschaftlichen, ideologischen Subventionen für insbesondere – das möchte ich jetzt einmal sagen – schädliche Ausgaben, für den grünen Klimawahn oder den kinderfeindlichen Genderunfug.

Darauf sollten wir in Zukunft dringend verzichten und uns wirklich um wertschöpfende Projekte kümmern. Wir müssen diese Förderprogramme auch einfach einmal ausmisten. Insgesamt ist also die Idee eines Rechenschaftsberichts aus meiner Sicht schon eine gute Idee und eine strukturierte Übersicht über sinnvolle Maßnahmen zielführend. Aber ich habe es schon gesagt: Man könnte das Bayernportal nutzen. Es braucht aber dafür um Gottes willen kein Gesetz. – Deswegen lehnen wir Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Kollege Harald Güller für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind natürlich bereit, Dinge zu beschließen, die dem Parlament und auch den Menschen, die zum Beispiel Förderanträge stellen möchten, einen Mehrwert bringen. Ein weiteres Datengrab wie den bisherigen Finanzhilfebericht brauchen wir aber sicherlich nicht. Deswegen haben wir einige Anforderungen an die beiden Bereiche. Es geht um einen jährlichen Förderbericht. Einen Bericht zu fordern, nur damit man noch einen Bericht für die Ablage hat. – Nein, das brauchen wir nicht. Die Berichte müssen dazu dienen, dass grundsätzlich die Kontrolle der Staatsregierung durch dieses Parlament besser funktionieren kann, und sie sollten der Optimierung der dargestellten Maßnahmen dienen.

Das Ziel ist, nachzusteuern und zu verbessern. Der Bericht sollte also problemorientiert sein. Welche Programme sind derzeit auf dem Markt, welche sind überzeichnet, wo gibt es Ausgabereste und aus welchen Gründen? Welche Programme sind neu, warum sind sie erforderlich, welche Programme laufen aus und warum? Welche Möglichkeiten der Bündelung und Straffung gibt es, um das Ganze sowohl auf EU-, Bundes- als auch Landesebene mit den anderen Fördermaßnahmen von KfW und LfA zusammenzufassen? Nur dann gibt es einen Mehrwert.

Zur digitalen Förderplattform: Auch sie muss natürlich einen echten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger haben. Eine unsystematische Abbildung des Förderdschungels wäre in unseren Augen kein Fortschritt. Die Plattform müsste die Funktion eines Lotsen durch die Fördermöglichkeiten – wie dargestellt – auf den verschiedenen Ebenen mit den verschiedenen Institutionen haben. Der Nutzer muss effektive und gut nutzbare Informationen bekommen. Auf der digitalen Plattform sollten natürlich – wie gesagt – auch alle Fördermöglichkeiten abgebildet sein.

Ehrlich gesagt, wir sind durchaus skeptisch, dass der vorliegende Gesetzentwurf das leisten kann. Aber wir lassen uns natürlich in einer ganz sicher sehr kurzweiligen und sehr spannenden Ausschlussdiskussion von Ihnen gerne davon überzeugen, dass das alles so sein wird. Wir würden dann zustimmen, wenn es kein zusätzliches Datengrab gibt; das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache noch ein paar kleine Ergänzungen. – Ich weiß nicht, ob ein Bier ausreicht, Harald Güller; vielleicht gibt es im Haushaltsausschuss ein bisschen mehr Diskussion, aber gut. Noch ein paar Punkte: Es ist der Finanzhilfebericht angesprochen worden; schauen Sie bitte einmal hinein, was darin steht. Dort stehen der Haushaltstitel und die Sollgröße drin; aber darüber, wie viel ausgeschöpft wurde, und über die Zielsetzung steht nichts drin. Damit können wir nicht arbeiten. Der Bericht ist übrigens 1968 eingerichtet worden. Es wäre schon eine Möglichkeit, einmal darüber nachzudenken.

Mir ist noch Folgendes ganz wichtig; es ist auch schon ein- oder zweimal angesprochen worden: Die jetzt existierenden Förderplattformen listen die Förderprogramme auf. Letztlich muss man Programm für Programm durchschauen, da dort nur ganz niedrige Sortierungskriterien hinterlegt sind, um zu sehen, ob es passt. Ich stelle mir mehr Userorientierung vor, das heißt: Man hat ein Problem und wird mit einem Netzlotsen oder mit einem Fragebaum letztlich dort hingeführt, wo etwas Relevantes stehen könnte. Das ist schon ein großer Unterschied.

Auch die Bürokratie wurde angesprochen. Natürlich wird hier jetzt zum ersten Mal etwas geschaffen, aber man darf nicht vergessen, was man dadurch möglicherweise einspart und auch an Geld einsparen kann. Natürlich ist der Bericht nicht dazu da, ab-

gelegt zu werden; natürlich müssen Maßnahmen ergriffen werden, wenn manche Fördermaßnahmen nicht ausgeschöpft werden oder völlig am Bedarf vorbeigehen. Das ist die Konsequenz daraus. Im Moment besteht nur die Schwierigkeit, dass man sich Programm für Programm vornehmen muss, wie es Kollegin Becker auch angedeutet hat. Das kann man natürlich auch machen. Aber wenn man ein Unternehmen steuert und Geld ausgibt bzw. reserviert, dann muss man doch wissen, wofür. Erreiche ich, was ich bezwecke? Falls nicht, muss ich irgendwo nachsteuern und irgendeine Ausgabe tatsächlich auch wieder stoppen. – Genau das sind die Punkte, die man tatsächlich einmal machen muss.

Es soll mir recht sein, dass das Digitalministerium mit so etwas unterwegs ist; ich kenne den Auftrag nicht. Ich schaue es mir gerne an, aber ich glaube nicht, dass dieser Detaillierungsgrad und insbesondere die aufgeschriebenen und zum Nachsteuern tatsächlich notwendigen Detailangaben auch vorgegeben sind. Ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren. Ansonsten freue ich mich schon auf die Debatte.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Die FDP-Fraktion wünscht mehr Transparenz bei der Verwendung von Haushaltsmitteln des Freistaates Bayern im nichtstaatlichen Bereich. Sie verlangt die Einführung eines jährlichen Förderberichts und eine digitale Förderplattform. Das ist eine wichtige, richtige und längst überfällige Maßnahme zur Ausgabenkontrolle in den Ministerien, wie ich meine.

Förderungen im Sinne der Haushaltsordnung sind Zuwendungen und Stellen außerhalb der Staatsverwaltung für bestimmte Zwecke, an deren Erfüllung der Staat ein erhebliches Interesse hat, wo er aber erkennt, dass ohne eine Zuwendung nichts passieren würde. Dabei ist die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung natürlich nachzuweisen. Genau da liegt das Interesse von uns, von den Bürgern. Die Steuer-

zahler wollen wissen, was warum in welchem Ressort in welcher Höhe mit Steuergeldern gefördert wird. Die Umstände und Hintergründe einer Bewilligung oder Ablehnung müssen aus den Hinterzimmern der Ministerien und Behörden und vielleicht sogar Parteizentralen herausgenommen werden und in das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Das ist umso wichtiger, je mehr in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, dass mit Steuergeldern staatsferne und vielleicht sogar staatswidrige oder parteinahe Gruppen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, deren Aktivitäten möglicherweise sogar verfassungsfeindliche Ziele verfolgen.

Ja, die FDP hat recht: Wir brauchen da mehr Transparenz, auch im CSU-Staat Bayern. Warum das der CSU in Bayern nicht gefällt, ist mir eigentlich ein Rätsel.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überwiesen. Erhebt sich Widerspruch? – Dann ist das so beschlossen.